

**Die l. l. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide.**

Die Wiedereinführung der Invaliden in das Erwerbsleben gehört zu jenen speziellen Aufgaben, welche der Staatsverwaltung aus dem Kriege in seinen sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen erwachsen. Die Durchführung dieser Aufgabe gliedert sich von selbst in zwei teils nebeneinander gehende, teils einander folgende Phasen: in die Nachbehandlung, Heilung und Schulung der Invaliden einerseits, in die Unterbringung derselben auf Arbeitsposten oder die anderweitige Versorgung andererseits. Die Nachbehandlung, Heilung und Schulung besorgen unter Leitung des Ministeriums des Innern die „Landeskommissionen für heimkehrende Krieger“, zur Unterbringung der Invaliden in für sie geeignete Arbeitsstellen und Dienstposten hat das Ministerium des Innern einen besonderen staatlichen Verwaltungsapparat, die „l. l. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide“, ins Leben gerufen. Ein für Kriegsinvalide bestimmter Arbeitsnachweis kann nicht in gleicher Weise arbeiten wie die für vollverwerbsfähige Arbeiter bestehenden Fachvermittlungstellen oder gemeinnützige allgemeine Arbeitsnachweise. Er bedarf nicht nur — wie diese — eines umfassenden Ueberblickes über den Arbeitsmarkt seines Tätigkeitsgebietes, der genauen Kenntnis der Arbeitsvermittlungstechnik und eines engen objektiven Kontakt mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, er forderte vielmehr auch die intensivste Mitwirkung der Ärzte sowie technischer Wissenschaft und Kunst. Demgemäß wurde die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in

den einzelnen Ländern, soweit dortselbst öffentliche Arbeitsnachweise bestehen, auf diesen aufgebaut, und nur dort, wo es an solchen Stellen mangelt, wurden besondere k. k. Vermittlungstellen errichtet. Durch die Schaffung eines aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Fachgelehrten zusammengesetzten Kuratoriums in jedem Lande wurde die notwendige Verbindung der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide mit den an der Frage praktisch und theoretisch interessierten Kreisen hergestellt und durch Einrichtung einer ärztlichen und technischen Berufsberatung bei jeder Arbeitsvermittlungstelle für Kriegsinvalide ermöglicht, dem Invaliden entweder in seinem früheren oder womöglich in einem verwandten Arbeitsberufe eine seinen Fähigkeiten entsprechende Stelle zu besorgen.

Als Träger der k. k. Arbeitsvermittlung fungiert in jedem Kronlande eine eigene Landesstelle der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, die neben dem mit der Geschäftsführung befaßten Bureau aus dem schon früher erwähnten Kuratorium und einem besonderen Arbeitsvermittlungsinstitut für Kriegsinvalide besteht. Die Errichtung von Bezirksstellen der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide unter Anschluß an die einzelnen Landesstellen ist im Gange.

**Niederösterreich:**

Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Wien, 1. Bezirk, Stad-im-Eisen-Platz 3: Präsident des Kuratoriums und der Landesstelle: Oberkurator der Niederösterreichischen Landeshypothekenaufsicht, Gemeinderat Leopold Steiner; Amtsleiter: Oberinspektionsrat Fedor Serenyi; Vermittlungsinstitut: 7. Bezirk, Neubaugürtel 32 (Vorstand Robert Weiß); Bezirksstellen am Sitz eines jeden Bezirksarmenrates.

**Oberösterreich:**

Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Linz, Goethestraße 17; Amtsleiter: l. l. Gewerbeinspektor Viktor Licher; Amtsleiterstellvertreter: Professor der l. l. Staatsgewerbeschule Franz Kosmann; Vermittlungsstelle: Linz, Goethestraße 17.

**Salzburg:**

Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Salzburg, Bürgerhospital; Obmann des Kuratoriums: kaiserlicher Rat Max Dittl; Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg; Vermittlungsstelle: Salzburg, Bürgerhospital.

**Steiermark:**

Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Graz, Bürgergasse 2; Obmann des Kuratoriums: Dr. Ludwig Kranz; Kanzleileiter: Dr. Johann Schmidt; Vermittlungsstelle: Graz, Hofgasse Nr. 14 (Vorstand: Ernst Kosbacher).

**Kärnten:**

Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Klagenfurt, Landesregierung; Amtsleiter: l. l. Gewerbeinspektor Gängl v. Ehrenwerth; Vermittlungsstelle: Klagenfurt, Landesregierung;